

## Wie aus Sebastian Kurz ein antieuropäischer Politiker wurde

FLORIAN KLENK

**A**ußenminister Sebastian Kurz war eine Zukunftshoffnung der Volkspartei. Nun hat er sich disqualifiziert: als Europapolitiker, als Integrationsminister und als Reformgestalt einer christlichsozialen Familienpartei. Auch seinen mangelnden volkswirtschaftlichen Verstand stellte Kurz unter Beweis.

Kurz schlug vergangene Woche allen Ernstes vor, die Familienbeihilfe für in Österreich arbeitende EU-Bürger zu kürzen, wenn deren Kinder im EU-Ausland leben. Er begründete seinen Vorschlag damit, „dass zum Beispiel ein Rumäne, der in Österreich arbeitet, für zwei Kinder in Rumänien rund 300 Euro monatlich bekomme, und das fast dem rumänischen Durchschnittseinkommen entspreche“. Das sei ein Missstand, die Transferleistung solle nur noch 30 Euro betragen. Gemeinsam mit Großbritanniens konservativem Premier David Cameron solle Österreich diese Transferleistungen ins Ausland abstellen.

Das ist, erstens, europapolitischer Unsinn. Jahrzehntlang war die ÖVP die Partei des freien europäischen Marktes. Sie predigte, nur jene würden eine Zukunft haben, die sich in einem europäischen Markt bewähren. Österreich profitiert von diesem Markt in großem Ausmaß. Alleine 30.000 Pflegerinnen aus Osteuropa schufteten hier zu Bedingungen, die kein Österreicher erdulden würde – und zwar nur aufgrund des sozialen Lohngefälles in ihrer Heimat.

Ein Euro, den sie hier verdienen, ist in Rumänien eben fünf Mal so viel wert. Diesen Menschen, die hier in die sozialen Kassen genauso viel einzahlen wie alle anderen, die gleiche Teilhabe an den Transferleistungen zu verwehren, ist verfassungswidrige Diskriminierung. Nicht der Wohnsitz von Kindern kann in einem vereinten Europa entscheidend sein, sondern die Frage, in welchem Land deren Eltern ihre Steuern zahlen. Rumänien ist europapolitisch Inland.

Kurz' Vorschlag ist, zweitens, integrationspolitisch und familienpolitisch falsch. Er signalisiert, dass es zwei Klassen von EU-Bürgern gibt: die Reichen (die volle Transferleistungen erhalten) und die Armen (die ihren niedrigen sozialen Standards durch Arbeit in reichen Staaten entfliehen).

Volkswirtschaftlich ist Kurz' Ansinnen ebenso Unsinn, denn der Bund spart sich viel Geld, wenn Kinder in der Heimat der Eltern bleiben. Kindergarten- und Schulplätze werden dann vor Ort finanziert.

Kurz' sozialpolitische Apartheid ist nicht mehr als ein nationalistisches, antieuropäisches Konzept. Schade, dass sich die Zukunftshoffnung einer Europapartei so schnell als Populist mit feschen Sprücheln demaskiert. ▀